



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

zu „Keine Dividenden bei Staatshilfe“ (Drs. 19/2226)

Ökonomisch wirksam und ökologisch klug – gemeinsam mit unseren Kommunen aus der Krise

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung ein umfangreiches Konjunkturprogramm zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise auf den Weg gebracht hat. Mit diesem Programm wird das Bundesprogramm genutzt und mit Landesmitteln ergänzt, um die Koalitionsschwerpunkte Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz und Digitalisierung weiter zu stärken sowie unsere Kommunen zu unterstützen.

Der Landtag begrüßt, dass das Programm die Maßgabe enthält, dass Unternehmen sich bei der Beantragung von Mitteln verpflichten müssen, für Geschäftsjahre, in denen Darlehen in Anspruch genommen werden oder Beteiligungen bestehen, auf die Ausschüttung von Dividenden zu verzichten. Eine vorzeitige Kreditablösung ohne Vorfälligkeitsentschädigung ist möglich. Ein Sitz in einer sogenannten Steueroase darf nicht bestehen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, diese Linie auch bei der Vergabe zukünftiger Staatshilfen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie fortzuführen sowie auf Bundesebene zu vertreten.

Ole-Christopher Plambeck
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion

Annabell Krämer
und Fraktion